

Bundesgesetzblatt ⁷⁰¹

Teil II

Z 1998 A

1991

Ausgegeben zu Bonn am 8. Juni 1991

Nr. 15

Tag	Inhalt	Seite
31. 5. 91	Gesetz zu dem Vertrag vom 9. November 1990 über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	702
9. 2. 91	Bekanntmachung des deutsch-sowjetischen Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens	709
20. 3. 91	Bekanntmachung des deutsch-österreichischen Abkommens über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen	712
10. 4. 91	Bekanntmachung des deutsch-jemenitischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	716
18. 4. 91	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Patentrechtsabkommens	718
18. 4. 91	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC)	718
19. 4. 91	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) sowie des Protokolls zu diesem Übereinkommen	719
14. 5. 91	Bekanntmachung der deutsch-israelischen Regierungsvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums	720
15. 5. 91	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-sowjetischen Abkommens über einige überleitende Maßnahmen	723
15. 5. 91	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-sowjetischen Vertrags über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland	723
24. 4. 91	Berichtigung der Veröffentlichung des Übereinkommens Nr. 160 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1985 über Arbeitsstatistiken	724

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 9. November 1990
über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**

Vom 31. Mai 1991

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 9. November 1990 unterzeichneten Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 22 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 31. Mai 1991

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

Vertrag
über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Договор
о добрососедстве, партнерстве и сотрудничестве
между Федеративной Республикой Германией и
Союзом Советских Социалистических Республик

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken –

im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt,

in dem Wunsch, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung einen gewichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten,

überzeugt von der Notwendigkeit, ein neues, durch gemeinsame Werte vereintes Europa aufzubauen und eine dauerhafte und gerechte europäische Friedensordnung einschließlich stabiler Strukturen der Sicherheit zu schaffen,

in der Überzeugung, daß den Menschenrechten und Grundfreiheiten als Teil des gesamteuropäischen Erbes hohe Bedeutung zukommt und daß ihre Achtung wesentliche Voraussetzung für einen Fortschritt beim Aufbau dieser Friedensordnung ist,

in Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und zu den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975 sowie der nachfolgenden Dokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

entschlossen, an die guten Traditionen ihrer jahrhundertelangen Geschichte anzuknüpfen, gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zur Grundlage ihrer Beziehungen zu machen und den historischen Herausforderungen an der Schwelle zum dritten Jahrtausend gerecht zu werden,

gestützt auf die Grundlagen, die in den vergangenen Jahren durch die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland sowie der Deutschen Demokratischen

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик,

сознавая свою ответственность за сохранение мира в Европе и во всем мире,

желая окончательно подвести черту под прошлым и внести посредством взаимопонимания и примирения весомый вклад в преодоление раздела Европы,

убежденные в необходимости строительства новой, объединенной общими ценностями Европы и создания прочного и справедливого европейского мирного устройства, включая стабильные структуры безопасности,

убежденные в том, что права человека и основные свободы как часть общеевропейского наследия имеют важное значение и что их уважение является существенной предпосылкой прогресса в деле строительства такого мирного устройства,

подтверждая приверженность целям и принципам Устава Организации Объединенных Наций и положениям хельсинкского Заключительного акта от 1 августа 1975 года, а также последующих документов Совещания по безопасности и сотрудничеству в Европе,

исполненные решимости продолжать добрые традиции своей многовековой истории, положить в основу своих отношений добрососедство, партнерство и сотрудничество и справиться с историческими вызовами на пороге третьего тысячелетия,

опираясь на фундамент, созданный в предыдущие годы развитием сотрудничества между Федеративной Республикой Германией, а также Германской Демократической

Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geschaffen wurden,

erfüllt von dem Wunsch, die fruchtbare und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf allen Gebieten weiter zu entwickeln und zu vertiefen und ihrem Verhältnis zueinander im Interesse ihrer Völker und des Friedens in Europa eine neue Qualität zu verleihen,

unter Berücksichtigung der Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, mit dem die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit geregelt wurden –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken lassen sich bei der Gestaltung ihrer Beziehungen von folgenden Grundsätzen leiten:

Sie achten gegenseitig ihre souveräne Gleichheit und ihre territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit.

Sie stellen den Menschen mit seiner Würde und mit seinen Rechten, die Sorge für das Überleben der Menschheit und die Erhaltung der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Politik.

Sie bekräftigen das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei und ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu gestalten.

Sie bekennen sich zu dem Grundsatz, daß jeder Krieg, ob nuklear oder konventionell, zuverlässig verhindert und der Frieden erhalten und gestaltet werden muß.

Sie gewährleisten den Vorrang der allgemeinen Regeln des Völkerrechts in der Innen- und internationalen Politik und bekräftigen ihre Entschlossenheit, ihre vertraglichen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.

Sie bekennen sich dazu, das schöpferische Potential des Menschen und der modernen Gesellschaft für die Sicherung des Friedens und für die Mehrung des Wohlstands aller Völker zu nutzen.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten.

Sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags verlaufen.

Artikel 3

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bekräftigen, daß sie sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt enthalten werden, die gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit der anderen Seite gerichtet oder auf irgendeine andere Art und Weise mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen oder mit der KSZE-Schlußakte unvereinbar ist.

Sie werden ihre Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und keine ihrer Waffen jemals anwenden, es sei denn zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung. Sie

Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик,

исполненные желания развивать и далее углублять плодотворное взаимовыгодное сотрудничество между обоими государствами во всех областях и придать своим отношениям в интересах их народов и мира в Европе новое качество,

принимая во внимание подписание Договора об окончательном урегулировании в отношении Германии от 12 сентября 1990 года, в котором были урегулированы внешние аспекты строительства немецкого единства,

договорились о нижеследующем:

Статья 1

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик при развитии своих отношений руководствуются следующими принципами:

Они взаимно уважают суверенное равенство, территориальную целостность и политическую независимость друг друга.

Они выдвигают в центр своей политики человека с его достоинством и его правами, заботу о выживании человечества и сохранение естественной среды обитания.

Они подтверждают право всех народов и государств свободно и без вмешательства извне определять свою судьбу и осуществлять по собственному желанию свое политическое, экономическое, социальное и культурное развитие.

Они заявляют о своей приверженности принципу надежного предотвращения любой войны, будь то ядерной или с применением обычного оружия, и необходимости сохранения и упрочения мира.

Они обеспечивают приоритет общепринятых норм международного права во внутренней и международной политике и подтверждают свою решимость добросовестно выполнять свои договорные обязательства.

Они заявляют о своей приверженности тому, чтобы творческий потенциал человека и современного общества использовался для укрепления мира и умножения благосостояния всех народов.

Статья 2

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик обязуются неукоснительно уважать территориальную целостность всех государств в Европе в их нынешних границах.

Они заявляют, что не имеют каких-либо территориальных претензий к кому бы то ни было и не будут выдвигать их и впредь.

Они рассматривают сейчас и в будущем как нерушимые границы всех государств в Европе, как они проходят на день подписания настоящего Договора.

Статья 3

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик подтверждают, что они будут воздерживаться от применения силы или угрозы силой как против территориальной целостности или политической независимости другой Стороны, так и каким-либо иным образом, несовместимым с целями и принципами Устава Организации Объединенных Наций или Заключительного акта СБСЕ.

Они будут разрешать свои споры исключительно мирными средствами, никогда не применять свое оружие любых видов, кроме как для целей индивидуальной или коллектив-

werden niemals und unter keinen Umständen als erste Streitkräfte gegeneinander oder gegen dritte Staaten einsetzen. Sie fordern alle anderen Staaten auf, sich dieser Verpflichtung zum Nichtangriff anzuschließen.

Sollte eine der beiden Seiten zum Gegenstand eines Angriffs werden, so wird die andere Seite dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten und alle Maßnahmen ergreifen, um den Konflikt unter Anwendung der Grundsätze und Verfahren der Vereinten Nationen und anderer Strukturen kollektiver Sicherheit beizulegen.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden darauf hinwirken, daß durch verbindliche, wirksam nachprüfbare Vereinbarungen Streitkräfte und Rüstungen wesentlich reduziert werden, so daß, zusammen mit einseitigen Maßnahmen, ein stabiles Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau insbesondere in Europa hergestellt wird, das zur Verteidigung aber nicht zum Angriff ausreicht.

Das gleiche gilt für einen multilateralen wie bilateralen Ausbau vertrauensbildender und stabilisierender Maßnahmen.

Artikel 5

Beide Seiten werden den Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975 nach Kräften unterstützen und unter Mitwirkung aller Teilnehmerstaaten weiter stärken und entwickeln, namentlich durch Schaffung ständiger Einrichtungen und Organe. Ziel dieser Bemühungen ist die Festigung von Frieden, Stabilität und Sicherheit und das Zusammenwachsen Europas zu einem einheitlichen Raum des Rechts, der Demokratie und der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, der Kultur und der Information.

Artikel 6

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind übereingekommen, regelmäßige Konsultationen abzuhalten, um eine Weiterentwicklung und Vertiefung der bilateralen Beziehungen sicherzustellen und ihre Haltung zu internationalen Fragen abzustimmen.

Konsultationen auf höchster politischer Ebene finden so oft wie erforderlich, mindestens jedoch einmal jährlich statt.

Die Außenminister treffen mindestens zweimal im Jahr zusammen.

Die Verteidigungsminister werden zu regelmäßigen Treffen zusammenkommen.

Zwischen den zuständigen Fachministern beider Staaten finden nach Bedarf Zusammenkünfte zu beiderseitig interessierenden Themen statt.

Die bereits existierenden gemeinsamen Kommissionen werden Möglichkeiten der Intensivierung ihrer Arbeit prüfen. Neue gemischte Kommissionen werden bei Bedarf nach gegenseitiger Absprache gegründet.

Artikel 7

Falls eine Situation entsteht, die nach Meinung einer Seite eine Bedrohung für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens darstellt oder gefährliche internationale Verwicklungen hervorrufen kann, so werden beide Seiten unverzüglich miteinander Verbindung aufnehmen und bemüht sein, ihre Positionen abzustimmen und Einverständnis über Maßnahmen zu erzielen, die geeignet sind, die Lage zu verbessern oder zu bewältigen.

ной самообороны. Они никогда и ни при каких обстоятельствах не используют первыми свои вооруженные силы друг против друга или против третьих государств. Они призывают все остальные государства присоединиться к этому обязательству о ненападении.

В случае если одна из Сторон станет объектом нападения, другая Сторона не будет оказывать нападающему какой-либо военной помощи или иного содействия и примет все меры к улаживанию конфликта с использованием принципов и процедур Организации Объединенных Наций и других структур коллективной безопасности.

Статья 4

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик приложат усилия к тому, чтобы на основе обязывающих и поддающихся действительному контролю договоренностей были существенно сокращены вооруженные силы и вооружения, что наряду с осуществлением односторонних мер создавало бы, в частности в Европе, стабильное равновесие сил на более низком уровне, достаточном для обороны, но недостаточном для нападения.

Это относится также к расширению мер по укреплению доверия и стабильности на многосторонней и двусторонней основе.

Статья 5

Обе Стороны будут оказывать всемерное содействие развитию процесса безопасности и сотрудничества в Европе на основе Заключительного акта Хельсинки от 1 августа 1975 года, укреплять и далее и развивать его совместно со всеми государствами – участниками, в особенности путем создания постоянных учреждений и органов. Целью этих усилий является упрочение мира, стабильности и безопасности и превращение Европы в единое пространство права, демократии и сотрудничества в области экономики, культуры и информации.

Статья 6

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик условились проводить регулярные консультации с целью обеспечения дальнейшего развития и углубления своих двусторонних отношений, а также согласования позиций по международным вопросам.

Консультации на высшем политическом уровне будут проводиться по мере необходимости, по меньшей мере один раз в год.

Министры иностранных дел проводят встречи не реже двух раз в год.

Будут проводиться регулярные встречи министров обороны.

Между другими министрами обоих государств по мере необходимости будут проводиться встречи по тематике, представляющей взаимный интерес.

Существующие совместные комиссии изучат возможности интенсификации своей работы. Новые смешанные комиссии будут учреждаться по мере необходимости и по взаимному согласию.

Статья 7

В случае возникновения ситуации, создающей, по мнению одной Стороны, угрозу миру или нарушение мира или могущей вызвать опасные международные осложнения, обе Стороны незамедлительно будут вступать в контакт друг с другом и предпринимать усилия для того, чтобы согласовать свои позиции и условиться о мерах, которые позволили бы улучшить ситуацию или справиться с ней.

Artikel 8

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind sich darüber einig, ihre zweiseitige Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem, industriellem und wissenschaftlich-technischem Gebiet und auf dem Gebiet des Umweltschutzes wesentlich auszubauen und zu vertiefen, um die beiderseitigen Beziehungen auf einer stabilen und langfristigen Grundlage zu entwickeln und das Vertrauen zwischen beiden Staaten und Völkern zu stärken. Sie werden zu diesem Zweck einen umfassenden Vertrag über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik und, soweit erforderlich, besondere Vereinbarungen für einzelne Sachgebiete schließen.

Beide Seiten messen der Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft eine wichtige Bedeutung für die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen bei und sind bereit, sie wesentlich auszubauen und zu vertiefen.

Artikel 9

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen weiter ausbauen und vertiefen. Sie werden für Bürger, Unternehmen und staatliche sowie nicht-staatliche Einrichtungen der jeweils anderen Seite die günstigsten Rahmenbedingungen für unternehmerische und sonstige wirtschaftliche Tätigkeit schaffen, die nach ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung und ihren Verpflichtungen aus internationalen Verträgen möglich sind. Das gilt insbesondere für die Behandlung von Kapitalanlagen und Investoren.

Beide Seiten werden die für die wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendigen Initiativen der unmittelbar Interessierten fördern, insbesondere mit dem Ziel, die Möglichkeiten der geschlossenen Verträge und vereinbarten Programme voll auszuschöpfen.

Artikel 10

Beide Seiten werden auf der Grundlage des Abkommens vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit den Austausch auf diesem Gebiet weiter entwickeln und gemeinsame Vorhaben durchführen. Sie wollen die Leistungen moderner Wissenschaft und Technik im Interesse der Menschen, ihrer Gesundheit und ihres Wohlstands nutzen. Sie fördern und unterstützen gleichgerichtete Initiativen der Forscher und Forschungseinrichtungen in diesem Bereich.

Artikel 11

In der Überzeugung, daß die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für eine gedeihliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unverzichtbar ist, bekräftigen beide Seiten ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes auf der Grundlage des Abkommens vom 25. Oktober 1988 fortzuführen und zu intensivieren.

Sie wollen wichtige Probleme des Umweltschutzes gemeinsam lösen, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt untersuchen und Maßnahmen zu ihrer Verhütung entwickeln. Sie beteiligen sich an der Entwicklung abgestimmter Strategien und Konzepte einer Staatsgrenzen überschreitenden Umweltpolitik im internationalen, insbesondere europäischen Rahmen.

Artikel 12

Beide Seiten streben eine Erweiterung der Transportverbindungen (Luft-, Eisenbahn-, See-, Binnenschiffs- und Straßenverkehr) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unter Nutzung modernster Technologien an.

Статья 8

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик согласились существенно развить и углубить их двустороннее сотрудничество, в особенности в экономической, промышленной, научно-технической и экологической областях, с тем, чтобы развивать двусторонние отношения на стабильной и долговременной основе и укрепить доверие между обоими государствами и народами. С этой целью они заключат всеобъемлющий Договор о развитии сотрудничества в области экономики, промышленности, науки и техники, а также, в случае необходимости, специальные соглашения по отдельным практическим направлениям.

Стороны придают важное значение сотрудничеству в деле подготовки и повышения квалификации специалистов и руководящих кадров экономики для развития двусторонних отношений и готовы существенно расширить и углубить это сотрудничество.

Статья 9

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик будут и в дальнейшем развивать и углублять взаимовыгодное экономическое сотрудничество. Они создадут для граждан, предприятий, государственных и негосударственных организаций другой Стороны самые благоприятные рамочные условия для предпринимательской и иной хозяйственной деятельности, которые возможны в соответствии с их внутренним законодательством и их обязательствами по международным договорам. Это в особенности относится к капиталовложениям и инвесторам.

Стороны будут содействовать необходимым для экономического сотрудничества инициативам непосредственно заинтересованных участников, в особенности для того, чтобы в полной мере использовать возможности заключенных договоров и согласованных программ.

Статья 10

Стороны будут и дальше развивать на основе Соглашения о научно-техническом сотрудничестве от 22 июля 1986 года обмен в этой области и осуществлять совместные проекты. Они намерены использовать достижения современной науки и техники в интересах людей, их здоровья и благополучия. Они будут оказывать содействие и поддержку совместным инициативам ученых и научно-исследовательских учреждений в этой области.

Статья 11

Исходя из убеждения, что сохранение естественных жизненных основ является неотъемлемой предпосылкой для успешного экономического и общественного развития, Стороны подтверждают свою решимость продолжать и наращивать сотрудничество в этой сфере на основе Соглашения о сотрудничестве в области охраны окружающей среды от 25 октября 1988 года.

Они намерены совместно решать важные проблемы охраны окружающей среды, исследовать вредные воздействия на окружающую среду и вырабатывать меры по их предотвращению. Они будут участвовать в выработке согласованных стратегий и концепций трансграничной политики в области охраны окружающей среды в международном, в особенности европейском, масштабе.

Статья 12

Стороны будут стремиться к расширению транспортных коммуникаций (воздушных, железнодорожных, морских, речных и автомобильных сообщений) между Федеративной Республикой Германией и Союзом Советских Социалистических Республик с использованием наиболее современных технологий.

Artikel 13

Beide Seiten werden sich bemühen, das Visumsverfahren für Reisen von Bürgern beider Länder, in erster Linie zu geschäftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Zwecken und zu Zwecken der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit erheblich zu vereinfachen.

Artikel 14

Beide Seiten unterstützen die umfassende Begegnung der Menschen aus beiden Ländern und den Ausbau der Zusammenarbeit von Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, Schulen, Hochschulen, Sportorganisationen, Kirchen und sozialen Einrichtungen, Frauen-, Umweltschutz- und sonstigen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Vertiefung der Kontakte zwischen den Parlamenten beider Staaten gewidmet.

Sie begrüßen die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Regionen, Bundesländern und Unionsrepubliken.

Eine bedeutende Rolle kommt dem deutsch-sowjetischen Gesprächsforum sowie der Zusammenarbeit der Medien zu.

Beide Seiten werden es allen Jugendlichen und ihren Organisationen erleichtern, an Austausch, Begegnungen und gemeinsamen Vorhaben teilzunehmen.

Artikel 15

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden im Bewußtsein der jahrhundertelangen gegenseitigen Bereicherung der Kulturen ihrer Völker und deren unverwechselbaren Beitrag zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas sowie der Bedeutung des kulturellen Austausches für die gegenseitige Verständigung der Völker ihre kulturelle Zusammenarbeit wesentlich ausbauen.

Beide Seiten werden das Abkommen über die Errichtung und die Tätigkeit von Kulturzentren mit Leben erfüllen und voll ausführen.

Beide Seiten bekräftigen ihre Bereitschaft, allen interessierten Personen umfassenden Zugang zu Sprachen und Kultur der anderen Seite zu ermöglichen und fördern staatliche und private Initiativen.

Beide setzen sich nachdrücklich dafür ein, die Möglichkeiten auszubauen, in Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen die Sprache des anderen Landes zu erlernen und dazu der jeweils anderen Seite bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften zu helfen sowie Lehrmittel, einschließlich des Einsatzes von Fernsehen, Hörfunk, Audio-, Video- und Computertechnik zur Verfügung zu stellen. Sie werden Initiativen zur Errichtung zweisprachiger Schulen unterstützen.

Sowjetischen Bürgern deutscher Nationalität sowie aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken stammenden und ständig in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Bürgern, die ihre Sprache, Kultur oder Tradition bewahren wollen, wird es ermöglicht, ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität zu entfalten. Dementsprechend ermöglichen und erleichtern sie im Rahmen der geltenden Gesetze der anderen Seite Förderungsmaßnahmen zugunsten dieser Personen oder ihrer Organisationen.

Artikel 16

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden sich für die Erhaltung der in ihrem Gebiet befindlichen Kulturgüter der anderen Seite einsetzen.

Статья 13

Стороны будут предпринимать усилия для того, чтобы в значительной мере упростить на основе взаимности визовый режим для поездок граждан обеих стран, в первую очередь с деловыми, экономическими и культурными целями и с целями научно-технического сотрудничества.

Статья 14

Стороны окажут содействие проведению на широкой основе встреч людей из обеих стран и расширению сотрудничества партий, профсоюзов, фондов, школ, высших учебных заведений, спортивных организаций, церкви и социальных учреждений, женских, экологических и других общественных организаций и союзов.

Особое внимание будет уделено углублению контактов между парламентами обеих государств.

Они приветствуют партнерское сотрудничество на коммунальном и региональном уровнях, между союзными республиками и федеральными землями.

Существенная роль отводится германо-советскому форуму общественности, а также сотрудничеству средств массовой информации.

Стороны будут облегчать участие в обменах, встречах и совместных проектах для всех представителей молодежи и их организаций.

Статья 15

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик, учитывая многовековое взаимное обогащение культур их народов и их незаменимый вклад в общее культурное наследие Европы, а также значение культурного обмена для взаимопонимания народов, существенно расширят свое культурное сотрудничество.

Стороны будут наполнять жизнью соглашение о создании и деятельности культурных центров и в полной мере использовать заключенные в нем возможности.

Стороны подтверждают свою готовность обеспечивать всем заинтересованным лицам широкий доступ к языку и культуре другой Стороны и поддерживать соответствующие государственные, общественные и индивидуальные инициативы.

Стороны решительно выступают за то, чтобы расширить возможности изучения языка другой Стороны в школах, высших и других учебных заведениях и в этих целях помогать другой Стороне в деле обучения и повышения квалификации преподавателей и предоставлять учебные пособия, включая использование телевидения, радио, аудиовизуальной и компьютерной техники. Они будут поддерживать инициативы по созданию двуязычных школ.

Советским гражданам немецкой национальности и гражданам, выходящим из Союза Советских Социалистических Республик и постоянно проживающим в Федеративной Республике Германии, которые хотят сохранить свой язык, культуру или традиции, будет предоставлена возможность развивать их национальную, языковую и культурную самобытность. В соответствии с этим Стороны в рамках действующих законов будут обеспечивать возможность и облегчать другой Стороне оказание содействия таким лицам или их организациям.

Статья 16

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик будут прилагать усилия для сохранения находящихся на их территории предметов и памятников культуры другой Стороны.

Sie stimmen darin überein, daß verschollene oder unrechtmäßig verbrachte Kunstschätze, die sich auf ihrem Territorium befinden, an den Eigentümer oder seinen Rechtsnachfolger zurückgegeben werden.

Artikel 17

Beide Seiten unterstreichen die besondere Bedeutung der humanitären Zusammenarbeit in ihren bilateralen Beziehungen. Sie werden diese Zusammenarbeit auch unter Einbeziehung der karitativen Organisationen beider Seiten verstärken.

Artikel 18

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß die auf deutschem Boden errichteten Denkmäler, die den sowjetischen Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gewidmet sind, geachtet werden und unter dem Schutz deutscher Gesetze stehen. Das Gleiche gilt für die sowjetischen Kriegsgräber, sie werden erhalten und gepflegt.

Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gewährleistet den Zugang zu Gräbern von Deutschen auf sowjetischem Gebiet, ihre Erhaltung und Pflege.

Die zuständigen Organisationen beider Seiten werden ihre Zusammenarbeit in diesen Bereichen verstärken.

Artikel 19

Die Bundesrepublik Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden den Rechtshilfeverkehr in Zivilrechts- und Familienrechtssachen auf der Grundlage des zwischen ihnen geltenden Haager Übereinkommens über den Zivilprozeß intensivieren. Beide Seiten werden unter Berücksichtigung ihrer Rechtsordnungen und im Einklang mit dem Völkerrecht den Rechtshilfeverkehr in Strafsachen zwischen beiden Staaten weiterentwickeln.

Die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden zusammenwirken bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, des Terrorismus, der Rauschgiftkriminalität, der rechtswidrigen Eingriffe in die Zivilluftfahrt und in die Seeschifffahrt, der Herstellung oder Verbreitung von Falschgeld, des Schmuggels, einschließlich der illegalen Verschiebung von Kunstgegenständen über die Grenzen. Verfahren und Bedingungen für das Zusammenwirken beider Seiten werden gesondert vereinbart.

Artikel 20

Die beiden Regierungen werden unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen und der beiderseits bestehenden Zusammenarbeit mit anderen Ländern ihre Zusammenarbeit im Rahmen der internationalen Organisationen verstärken. Sie werden einander behilflich sein, die Zusammenarbeit mit internationalen, insbesondere europäischen Organisationen und Institutionen zu entwickeln, denen eine Seite als Mitglied angehört, falls die andere Seite ein entsprechendes Interesse bekundet.

Artikel 21

Dieser Vertrag berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen aus geltenden zweiseitigen und mehrseitigen Übereinkünften, die von beiden Seiten mit anderen Staaten geschlossen wurden. Dieser Vertrag richtet sich gegen niemanden, beide Seiten betrachten ihre Zusammenarbeit als einen Bestandteil und ein dynamisches Element der Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses.

Artikel 22

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Moskau ausgetauscht.

Они согласны в том, что пропавшие или незаконно вывезенные культурные ценности, находящиеся на их территории, должны возвращаться владельцам или их наследникам.

Статья 17

Стороны подчеркивают особое значение гуманитарного сотрудничества в своих двусторонних отношениях. Они будут наращивать это сотрудничество, в том числе с привлечением благотворительных организаций обеих Сторон.

Статья 18

Правительство Федеративной Республики Германии заявляет, что сооруженные на немецкой земле памятники советским жертвам войны и тирании будут уважаться и находиться под защитой немецких законов. Это относится и к советским военным кладбищам, которые будут сохраняться и за которыми будет осуществляться уход.

Правительство Союза Советских Социалистических Республик обеспечивает доступ к могилам немцев на советской территории, их сохранение и уход за ними.

Соответствующие организации обеих Сторон расширят свое сотрудничество в этих областях.

Статья 19

Федеративная Республика Германия и Союз Советских Социалистических Республик расширят правовую помощь по гражданским и семейным делам на основе действующей для обеих Сторон Гаагской конвенции о гражданском процессе. Стороны будут и дальше развивать правовую помощь по уголовным делам с учетом своего правопорядка и в соответствии с международным правом.

Компетентные органы Федеративной Республики Германии и Союза Советских Социалистических Республик будут взаимодействовать в деле борьбы с организованной преступностью, терроризмом, незаконным оборотом наркотиков, противоправными актами вмешательства в деятельность гражданской авиации и морского транспорта, изготовлением и распространением фальшивых денежных знаков, контрабандой, включая незаконное перемещение через границы культурных ценностей. Порядок и условия взаимодействия обеих Сторон будут предметом отдельных договоренностей.

Статья 20

Оба правительства будут наращивать сотрудничество в рамках международных организаций с учетом взаимных интересов и существующего у обеих Сторон сотрудничества с другими странами. Они будут оказывать содействие друг другу в развитии сотрудничества с международными, и в особенности европейскими, организациями и институтами, членами которых является одна Сторона, в случае проявления соответствующего интереса другой Стороной.

Статья 21

Настоящий Договор не затрагивает прав и обязательств по действующим двусторонним и многосторонним договорам и соглашениям, заключенным Сторонами с другими государствами. Настоящий Договор не направлен против кого бы то ни было, обе Стороны рассматривают свое сотрудничество как составной и динамичный элемент дальнейшего развития процесса СБСЕ.

Статья 22

Настоящий Договор подлежит ратификации. Обмен ратификационными грамотами состоится в самое ближайшее время в Москве.

Dieser Vertrag tritt am Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von zwanzig Jahren. Danach verlängert er sich stillschweigend um jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich kündigt.

Настоящий Договор вступает в силу в день обмена ратификационными грамотами.

Настоящий Договор заключается сроком на 20 лет. Его действие будет затем автоматически продлеваться на следующие пятилетние периоды, если ни одна из Сторон не заявит о своем желании денонсировать его путем письменного уведомления за один год до истечения соответствующего срока.

Geschehen zu Bonn am 9. November 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Совершено в г. Бонне 9 ноября 1990 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Dr. Helmut Kohl

За Федеративную Республику Германию

Д-р. Гельмут Коль

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Michail S. Gorbatschow

За Союз Советских Социалистических Республик

Михаил Сергеевич Горбачев

**Bekanntmachung
des deutsch-sowjetischen Abkommens
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens**

Vom 9. Februar 1991

Das in Bonn am 9. November 1990 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens ist nach seinem Artikel 5 Abs. 1 am 9. November 1990 in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. Februar 1991

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Im Auftrag
Dr. Knigge

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens

СОГЛАШЕНИЕ
между Правительством Федеративной Республики Германии
и Правительством Союза Советских Социалистических Республик
о сотрудничестве в социально-трудовой области

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken –

Правительство Федеративной Республики Германии
 и
 Правительство Союза Советских Социалистических Республик,

ausgehend von der Gemeinsamen Erklärung von Helmut Kohl und Michail Sergejewitsch Gorbatschow vom 13. Juni 1989 und ihrer Gespräche vom 15. bis 16. Juli 1990 in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

исходя из Совместного заявления Гельмута Коля и Михаила Сергеевича Горбачева от 13 июня 1989 года и их переговоров 15–16 июля 1990 года в Союзе Советских Социалистических Республик,

in Würdigung der bereits bestehenden erfolgreichen Zusammenarbeit im Rahmen des am 13. Juni 1989 unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung der Fortbildung von Fachkräften auf den Gebieten des Arbeitsschutzes und der beruflichen Rehabilitation Behinderter,

отдавая должное уже существующему успешному сотрудничеству в рамках подписанного 13 июня 1989 года Соглашения между Правительством Федеративной Республики Германии и Правительством Союза Советских Социалистических Республик о содействии повышению квалификации специалистов в области охраны труда и профессиональной реабилитации инвалидов,

in dem Bestreben, die Beziehungen zu erweitern und zu vertiefen zwischen den für das Arbeits- und Sozialwesen zuständigen staatlichen Institutionen beider Länder,

стремясь к расширению и углублению отношений между государственными органами по труду и социальным вопросам обеих стран,

in der Erwartung, daß diese Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens positive Impulse für die Reformpolitik in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gibt,

ожидая, что сотрудничество в социально-трудовой области придаст положительные импульсы политике реформ, проводимых в Советском Союзе,

von dem Wunsch geleitet, durch umfassende Kooperation zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses beizutragen –

руководствуясь желанием способствовать посредством всеобъемлющего сотрудничества улучшению взаимопонимания,

sind wie folgt übereingekommen:

договорились о нижеследующем:

Artikel 1

Beide Seiten vereinbaren die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens, vor allem in folgenden Bereichen: Arbeitsmarktfragen, berufliche Fortbildung und Umschulung, Arbeitsrecht, Sozialpartnerbeziehungen, soziale Sicherheit, Rehabilitation von Behinderten, Arbeitsgestaltung, Arbeitsschutz und internationale Sozialpolitik.

Статья 1

Обе Стороны договариваются о сотрудничестве в социально-трудовой области, в первую очередь в следующих сферах: вопросы рынка труда, профессиональная переподготовка и повышение квалификации кадров, трудовое законодательство, отношения между социальными партнерами, социальное обеспечение, реабилитация инвалидов, организация труда, охрана труда и техника безопасности, международная социальная политика.

Artikel 2

Art und Umfang der konkreten Maßnahmen werden jeweils im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt. Insbesondere sind folgende Formen der Zusammenarbeit vorgesehen:

Статья 2

Характер и объем конкретных мероприятий сотрудничества в каждом случае определяются по взаимному согласию Сторон. В частности, предусматриваются следующие формы сотрудничества:

1. Aufnahme und Entsendung von Experten;
2. Beratung und Fortbildung von Fachleuten;

1. Прием и направление экспертов;
2. Консультирование и повышение квалификации специалистов;

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 3. Erarbeitung von Expertisen; 4. Austausch von Informationsmaterial; 5. Förderung der Zusammenarbeit von Forschungsinstituten und Austausch von Forschungsergebnissen; 6. Unterstützung bei der Herstellung von Kontakten zu Einrichtungen und Organisationen, insbesondere zu Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. | <ol style="list-style-type: none"> 3. Проведение экспертиз; 4. Обмен информационными материалами; 5. Содействие сотрудничеству между научно-исследовательскими институтами и обмен результатами исследований; 6. Оказание помощи в установлении контактов между учреждениями и организациями и, в первую очередь, между объединениями предпринимателей и профсоюзами. |
|---|---|

Artikel 3

Beide Seiten legen folgende Prioritäten fest:

1. Erfahrungsaustausch über die Ausarbeitung normativer und legislativer Akte für die unterschiedlichen Rechtsinstitute im Bereich Arbeits- und Sozialpolitik;
2. Beratung beim Aufbau einer Arbeitsverwaltung in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Konzeption, Funktionen, Schulung);
3. Unterstützung bei der Konzipierung neuer Rahmengesetze für die Arbeitsgesetzgebung und der Modifizierung von Gesetzen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts;
4. Beratung in Fragen der Arbeitsorganisation, der Arbeitsgestaltung und des Arbeitsschutzes;
5. Beratung bei der Reorganisation des Systems der sozialen Sicherung in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken;
6. Unterstützung auf dem Gebiet der beruflichen und medizinischen Rehabilitation Behinderter;
7. Konsultationen zu Fragen der internationalen Sozialpolitik.

Artikel 4

Die Finanzierung der Durchführung dieses Abkommens wird von beiden Seiten gemäß den jeweils geltenden haushaltsrechtlichen Vorschriften sichergestellt, wobei die Übernahme der Kosten für die Maßnahmen im Einzelfall vereinbart wird.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag der Unterzeichnung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird für die Dauer von drei Jahren geschlossen. Danach verlängert sich die Geltung jeweils stillschweigend um ein weiteres Jahr, sofern das Abkommen nicht von einer Seite spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Bonn am 9. November 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Статья 3

Обе Стороны определяют следующие приоритеты:

1. Обмен опытом по разработке нормативных и законодательных актов по различным институтам права в области труда и социальной политики;
2. Проведение консультаций при создании службы занятости в Союзе Советских Социалистических Республик (концепция, функции, обучение);
3. Оказание содействия при разработке новой концепции Основ трудового законодательства и модификации законов по труду;
4. Проведение консультаций по вопросам организации, условий и охраны труда;
5. Проведение консультаций при реорганизации системы социальной защиты населения в Союзе Советских Социалистических Республик;
6. Оказание содействия в области профессиональной и медицинской реабилитации инвалидов;
7. Проведение консультаций по вопросам международной социальной политики.

Статья 4

Финансовое обеспечение реализации данного Соглашения осуществляется обеими Сторонами в соответствии с действующим для каждой Стороны бюджетным регулированием, при этом порядок и условия финансирования мероприятий будут согласовываться в каждом отдельном случае.

Статья 5

1. Данное Соглашение вступает в силу в день его подписания.

2. Данное Соглашение заключается сроком на три года. После этого его действие автоматически продлевается каждый раз на год, если ни одна из Сторон не уведомит в письменной форме другую Сторону о прекращении действия данного Соглашения не позднее, чем за шесть месяцев до истечения соответствующего периода его действия.

Совершено в Бонне 9 ноября 1990 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 За Правительство Федеративной Республики Германии
 Hans-Dietrich Genscher
 Norbert Blüm

Für die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
 За Правительство Союза Советских Социалистических Республик
 Eduard Schewardnadse

Bekanntmachung
des deutsch-österreichischen Abkommens über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und
über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflichen Prüfungszeugnissen

Vom 20. März 1991

Das in Bonn am 27. November 1989 unterzeichnete
 Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
 Deutschland und der Regierung der Republik Österreich
 über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung und
 über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit
 von beruflichen Prüfungszeugnissen ist nach seinem
 Artikel 10

am 1. Juli 1990

in Kraft getreten, es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 20. März 1991

Der Bundesminister
 für Bildung und Wissenschaft
 Im Auftrag
 Dr. Freund

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Österreich
über die Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung
und über die gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit
von beruflichen Prüfungszeugnissen

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und

die Regierung der Republik Österreich –

im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen,

in der Absicht, den Absolventen beruflicher Bildungsgänge die
 Berufsausübung und das berufliche Fortkommen im jeweils ande-
 ren Staat zu erleichtern,

im Bewußtsein der im Bereich der beruflichen Bildung beste-
 henden Gemeinsamkeiten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bedeutet

- a) der Ausdruck „Prüfungszeugnis“ den Nachweis, daß durch
 eine erfolgreich abgelegte Prüfung deren Anforderungen in

Rechts- oder Verwaltungsvorschriften des Bundes oder der
 Länder beider Seiten geregelt sind, ein beruflicher Bildungs-
 gang abgeschlossen worden ist;

- b) der Ausdruck „Gleichwertigkeit“ das Vorliegen von gleichwer-
 tigen Prüfungsanforderungen;
 c) der Ausdruck „Gleichstellung/Gleichhaltung“ die innerstaatli-
 che Anerkennung der Gleichwertigkeit von Prüfungszeugnis-
 sen.

Artikel 2

Allgemeine Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien werden der Entwicklung und Erwei-
 terung ihrer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der beruflichen
 Bildung besondere Aufmerksamkeit widmen und sich um deren
 Förderung bemühen.

(2) Zu diesem Zweck werden sie sich auch für eine Zusam-
 menarbeit zwischen Institutionen, Organisationen und Instituten
 beider Seiten, insbesondere auch der Arbeitgeber und der Arbeit-
 nehmer, die mit Fragen der beruflichen Bildung befaßt sind, im
 gesamtstaatlichen wie im regionalen Bereich einsetzen.

Artikel 3

Voraussetzungen der Anerkennung, gegenseitige Unterrichtung

(1) Die Vertragsparteien werden Prüfungszeugnisse gleichstellen/gleichhalten, wenn

- a) auf beiden Seiten die Gleichwertigkeit festgestellt worden ist und
- b) die Prüfungszeugnisse in die Anlage zu Artikel 5 aufgenommen sind.

(2) Die Vertragsparteien werden

- a) alle zur Beurteilung der Gleichwertigkeit erforderlichen Informationen und Unterlagen austauschen und
- b) einander alle Änderungen in den Prüfungsanforderungen so früh wie möglich mitteilen.

(3) Von der Gleichstellung/Gleichhaltung sind Prüfungszeugnisse ausgeschlossen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder in einem Berufsausbildungsverhältnis, das ausdrücklich mit dem ausschließlichen Ziel einer späteren Verwendung als Beamter begründet wird, erworben wurden.

Artikel 4

Wirkung der Anerkennung

Ein gleichgestelltes/gleichgehaltenes Prüfungszeugnis verleiht der im Prüfungszeugnis angeführten Person auf der jeweils anderen Seite die Rechte, die mit dem gleichgestellten/gleichgehaltenen Prüfungszeugnis dieser anderen Seite verbunden sind.

Artikel 5

Verzeichnis der als gleichwertig anerkannten Prüfungszeugnisse

(1) Gleichzustellende/gleichzuhaltende Prüfungszeugnisse werden in ein Verzeichnis aufgenommen, das diesem Abkommen als Anlage beigelegt ist.

(2) Das Verzeichnis kann durch Notenwechsel geändert oder ergänzt werden.

Artikel 6

Expertenkommission

(1) Für die Beratung aller Fragen, die sich aus diesem Abkommen ergeben, setzen beide Vertragsparteien eine Expertenkommission ein. In der Expertenkommission sollen auf jeder Seite Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken. Außerdem können Vertreter der Länder beider Seiten mitwirken.

(2) Die Expertenkommission tritt zumindest jedes zweite Jahr, ansonsten auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien zusammen.

(3) Die Expertenkommission überprüft die Durchführung dieses Abkommens und empfiehlt übereinstimmend Änderungen und Ergänzungen des Verzeichnisses der anerkannten Prüfungszeugnisse.

Artikel 7

Unberührte Übereinkünfte

Von diesem Abkommen werden nicht berührt

- a) die Europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse vom 11. Dezember 1953 nebst Zusatzprotokoll vom 3. Juni 1964 und
- b) das Abkommen vom 19. Januar 1983 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Österreich über die Anerkennung von Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich nebst der dazugehörigen Vereinbarung durch Notenwechsel vom selben Tag.

Artikel 8

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Österreich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 9

Geltungsdauer, Abkommensänderung

(1) Dieses Abkommen bleibt solange in Kraft, bis es von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird. Eine Kündigung wird sechs Monate nach ihrem Eingang bei der anderen Vertragspartei wirksam.

(2) Dieses Abkommen kann vorbehaltlich der Regelung in Artikel 5 Absatz 2 nur durch eine zwischen den Vertragsparteien zu schließende Vereinbarung geändert oder ergänzt werden.

Artikel 10

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die beiden Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen zu Bonn am 27. November 1989 in zwei Urschriften.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Lautenschlager
Dr. Schaumann

Für die Regierung der Republik Österreich:

Bauer

Anlage

zu Artikel 5 Abs. 1

Verzeichnis
der als gleichwertig anerkannten Prüfungszeugnisse

Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses
Zeugnis über das Bestehen der – Gesellenprüfung (= G), – Abschlußprüfung (= A), in dem Ausbildungsberuf:	Zeugnis über das Bestehen der Lehrabschlußprüfung in dem Lehrberuf:
1. Augenoptiker/Augenoptikerin (G)	1. Optiker
2. Bäcker/Bäckerin (G)	2. Bäcker
3. Bäcker/Bäckerin (A)	3. Bäcker
4. Bauschlosser/Bauschlosserin (A)	4. Bauschlosser
5. Bauzeichner/Bauzeichnerin (A)	5. Bautechnischer Zeichner
6. Beton- und Stahlbetonbauer (G)	6. Betonbauer
7. Beton- und Stahlbetonbauer (A)	7. Betonbauer
8. Betonfertigteilbauer/Betonfertigteilbauerin (A)	8. a) Betonwarenerzeuger b) Kunststeinerzeuger
9. Betonstein- und Terrazzohersteller/ Betonstein- und Terrazzoherstellerin (G)	9. a) Betonwarenerzeuger b) Kunststeinerzeuger
10. Betriebsschlosser/Betriebsschlosserin (A)	10. Betriebsschlosser
11. Binnenschiffer/Binnenschifferin (A)	11. Binnenschiffer
12. Blechschlosser/Blechschlosserin (A)	12. Blechschlosser
13. Brauer und Mälzer/Brauerin und Mälzerin (G)	13. Brauer und Mälzer
14. Brauer und Mälzer/Brauerin und Mälzerin (A)	14. Brauer und Mälzer
15. Brunnenbauer (G)	15. Brunnenmacher
16. Brunnenbauer (A)	16. Brunnenmacher
17. Buchhändler/Buchhändlerin (A)	17. Buchhändler
18. Büchsenmacher/Büchsenmacherin (G)	18. Büchsenmacher
19. Bürokaufmann/Bürokauffrau (G)	19. Bürokaufmann
20. Bürokaufmann/Bürokauffrau (A)	20. Bürokaufmann
21. Büromaschinenmechaniker/Büromaschinenmechanikerin (G)	21. Büromaschinenmechaniker
22. Chemiefacharbeiter/Chemiefacharbeiterin (A)	22. Chemiewerker
23. Chemielaborant/Chemielaborantin (A)	23. Chemielaborant
24. Dreher/Dreherin (A)	24. Dreher
25. Drogist/Drogistin (A)	25. Drogist
26. Einzelhandelskaufmann/Einzelhandelskauffrau (A)	26. Einzelhandelskaufmann
27. Energieanlageelektroniker/Energieanlageelektronikerin (A)	27. Betriebselektriker
28. Estrichleger/Estrichlegerin (G)	28. Steinholzleger und Spezialestrichhersteller
29. Estrichleger/Estrichlegerin (A)	29. Steinholzleger und Spezialestrichhersteller
30. Feinmechaniker/Feinmechanikerin (A)	30. Feinmechaniker
31. Flexograf/Flexografin (G)	31. Stempelerzeuger und Flexograf
32. Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerin (G)	32. Platten- und Fliesenleger
33. Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerin (A)	33. Platten- und Fliesenleger
34. Florist/Floristin (A)	34. Blumenbinder und -händler (Florist)
35. Fluggerätmechaniker/Fluggerätmechanikerin (A)	35. Luftfahrzeugmechaniker
36. Former (A)	36. Former und Gießer (Metall und Eisen)
37. Friseur/Friseurin (G)	37. Friseur und Perückenmacher

Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses
38. Gas- und Wasserinstallateur/ Gas- und Wasserinstallateurin (G)	38. Gas- und Wasserleitungsinstallateur
39. Goldschmied/Goldschmiedin (G)	39. Gold- und Silberschmied und Juwelier
40. Goldschmied/Goldschmiedin (A)	40. Gold- und Silberschmied und Juwelier
41. Herrenschnneider/Herrenschnneiderin (G)	41. Herrenkleidermacher
42. Holzbearbeitungsmechaniker/ Holzbearbeitungsmechanikerin (A)	42. Säger
43. Holzmechaniker/Holzmechanikerin (A)	43. Tischler
44. Hotelfachmann/Hotelfachfrau (A)	44. Hotel- und Gastgewerbeassistent
45. Industriekaufmann/Industriekauffrau (A)	45. Industriekaufmann
46. Isoliermonteur/Isoliermonteurin (A)	46. Wärme-, Kälte- und Schallsolierer
47. Karosseriebauer/Karosseriebauerin (G)	47. Karosseur
48. Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel (A)	48. Großhandelskaufmann
49. Kaufmannsgehilfe/Kaufmannsgehilfin im Hotel- und Gaststättengewerbe (A)	49. Hotel- und Gastgewerbeassistent
50. Kellner/Kellnerin (A)	50. Kellner
51. Koch/Köchin (A)	51. Koch
52. Kraftfahrzeugelektriker/Kraftfahrzeugelektrikerin (G)	52. Kraftfahrzeugelektriker
53. Kraftfahrzeugmechaniker/Kraftfahrzeugmechanikerin (G)	53. Kraftfahrzeugmechaniker
54. Kraftfahrzeugschlosser/Kraftfahrzeugschlosserin – Instandsetzung (A)	54. Kraftfahrzeugmechaniker
55. Kürschner/Kürschnerin (G)	55. Kürschner
56. Kürschner/Kürschnerin (A)	56. Kürschner
57. Landmaschinenmechaniker/Landmaschinenmechanikerin (G)	57. Landmaschinenmechaniker
58. Maschinenschlosser/Maschinenschlosserin (A)	58. Maschinenschlosser
59. Maurer (G)	59. Maurer
60. Maurer (A)	60. Maurer
61. Mechaniker/Mechanikerin (A)	61. Mechaniker
62. Meß- und Regelmechaniker/Meß- und Regelmechanikerin (A)	62. Meß- und Regelmechaniker
63. Modellbauer/Modellbauerin (G)	63. Modelltischler (Formentischler)
64. Modelltischler/Modelltischlerin (A)	64. Modelltischler (Formentischler)
65. Orthopädienschuhmacher/Orthopädienschumacherin	65. Orthopädienschuhmacher
66. Papiermacher/Papiermacherin (A)	66. Papiermacher
67. Reiseverkehrskaufmann/Reiseverkehrskauffrau (A)	67. Reisebüroassistent
68. Restaurantfachmann/Restaurantfachfrau (A)	68. Kellner
69. Rohrinstallateur/Rohrinstallateurin (A)	69. Rohrleitungsmonteur
70. Schiffbauer/Schiffbauerin (G)	70. Schiffbauer
71. Schiffbauer/Schiffbauerin (A)	71. Schiffbauer
72. Schlosser/Schlosserin (G)	72. Schlosser
73. Schmelzschweißer/Schmelzschweißerin (A)	73. Universalschweißer
74. Schmied/Schmiedin (G)	74. Schmied
75. Schmied/Schmiedin (A)	75. Schmied
76. Schriftsetzer/Schriftsetzerin (G)	76. Setzer
77. Schriftsetzer/Schriftsetzerin (A)	77. Setzer
78. Schuhfertiger/Schuhfertigerin (A)	78. Schuhmacher
79. Siebdrucker/Siebdruckerin (G)	79. Siebdrucker
80. Siebdrucker/Siebdruckerin (A)	80. Siebdrucker
81. Silberschmied/Silberschmiedin (G)	81. Gold- und Silberschmied und Juwelier
82. Silberschmied/Silberschmiedin (A)	82. Gold- und Silberschmied und Juwelier

Bezeichnung des deutschen Prüfungszeugnisses	Bezeichnung des österreichischen Prüfungszeugnisses
83. Speditionskaufmann/Speditionskauffrau (A)	83. Spediteur
84. Stahlbauschlosser/Stahlbauschlosserin (A)	84. Stahlbauschlosser
85. Stempelmacher/Stempelmacherin (A)	85. Stempelerzeuger und Flexograf
86. Stukkateur/Stukkateurin (G)	86. Stukkateur
87. Stukkateur/Stukkateurin (A)	87. Stukkateur
88. Systemmacher/Systemmacherin – Gewehr (A)	88. a) Büchsenmacher b) Waffenmechaniker
89. Technischer Zeichner/Technische Zeichnerin (A)	89. Technischer Zeichner (Maschinen-, Stahlbau-, Heizungs- oder Elektrotechnik)
90. Tierpfleger/Tierpflegerin (A)	90. Tierpfleger
91. Tischler/Tischlerin (G)	91. Tischler
92. Uhrmacher/Uhrmacherin (G)	92. Uhrmacher
93. Uhrmacher/Uhrmacherin (A)	93. Uhrmacher
94. Verpackungsmittelmechaniker/Verpackungsmittelmechanikerin (A)	94. Verpackungsmittelmechaniker
95. Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer/Wärme-, Kälte- und Schallschutzisoliererin (Isoliermonteur/Isoliermonteurin) (G)	95. Wärme-, Kälte- und Schallsisolierer
96. Werkstoffprüfer/Werkstoffprüferin – Physik (A)	96. Werkstoffprüfer
97. Werkzeugmacher/Werkzeugmacherin (A)	97. Werkzeugmacher
98. Zahntechniker/Zahntechnikerin (G)	98. Zahntechniker
99. Zimmerer (G)	99. Zimmerer
100. Zimmerer (A)	100. Zimmerer

**Bekanntmachung
des deutsch-jemenitischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 10. April 1991

Das in Sanaa am 10. Oktober 1990 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Jemen über
Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 10. Oktober 1990

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. April 1991

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Preuss

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Jemen über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Jemen –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Jemen,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Jemen beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll vom 30. November 1989 über die Regierungsverhandlungen vom 28. bis 30. November 1989 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Gemäß Artikel 1 Absatz 1 des zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Jemenitischen Arabischen Republik am 9. Januar 1985 geschlossenen Abkommens in Verbindung mit Nummer 5 der Vereinbarung vom 31. Januar 1987 und Artikel 1 Absatz 1 des Abkommens vom 20. November 1988 ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Jemen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, für das Vorhaben „Ausbau der Straße Shibam–Al Mahwit/Kawkaban“ einen Finanzierungsbeitrag von insgesamt bis zu 45 000 000 DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Jemen darüber hinaus, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für das genannte Vorhaben „Ausbau der Straße Shibam–Al Mahwit/Kawkaban“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist, einen weiteren Finanzierungsbeitrag bis zu insgesamt 20 000 000 DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und der Regierung der Republik Jemen durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger der Finanzierungsbeiträge zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Jemen stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in der Republik Jemen erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Jemen übertläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz im deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Jemen innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Sanaa am 10. Oktober 1990 in zwei Urschriften,
jede in deutscher, englischer und arabischer Sprache, wobei jeder
Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des
deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wort-
laut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Reiners

Für die Regierung der Republik Jemen
Ghanem

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Patentzusammenarbeitsvertrages**

Vom 18. April 1991

Der Patentzusammenarbeitsvertrag vom 19. Juni 1970 (BGBl. 1976 II S. 649, 664; 1984 II S. 799, 975) wird nach seinem Artikel 63 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Guinea	am 27. Mai 1991
Mongolei	am 27. Mai 1991

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. März 1991 (BGBl. II S. 624).

Bonn, den 18. April 1991

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Frhr. v. Stein

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC)**

Vom 18. April 1991

Das Europäische Übereinkommen vom 31. Mai 1985 über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (AGC) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bulgarien	am	7. Juni 1990
Jugoslawien	am	1. Mai 1990
Tschechoslowakei	am	8. August 1990
mit einem Vorbehalt nach Artikel 9 zu Artikel 8 des Übereinkommens		

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Mai 1989 (BGBl. II S. 522).

Bonn, den 18. April 1991

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Frhr. v. Stein

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)
sowie des Protokolls zu diesem Übereinkommen**

Vom 19. April 1991

I.

Das Übereinkommen vom 19. Mai 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) – BGBl. 1961 II S. 1119 – wird nach seinem Artikel 43 Abs. 2 für

Irland

am 1. Mai 1991

in Kraft treten. Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde hat Irland folgende Erklärung zu dem Unterzeichnungsprotokoll zu dem Übereinkommen abgegeben:

(Übersetzung)

“... accession thereto does not imply acceptance of the term ‘Republic of’ used in the first paragraph thereof.”

“... der Beitritt bedeutet nicht die Annahme des unter Nummer 1 [des Unterzeichnungsprotokolls] verwendeten Begriffs ‘Republik’.”

Unter Bezugnahme auf seinen bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde im Jahre 1970 gemachten Vorbehalt zu Artikel 47 des Übereinkommens hat Ungarn am 8. Dezember 1989 die Rücknahme dieses Vorbehalts notifiziert.

II.

Das Protokoll vom 5. Juli 1978 zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) – BGBl. 1980 II S. 721, 733 – ist nach seinem Artikel 4 Abs. 2 für

Ungarn

am 16. September 1990

in Kraft getreten; es wird ferner für

Irland

am 1. Mai 1991

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 31. Juli 1970 (BGBl. II S. 793), vom 6. Dezember 1983 (BGBl. II S. 834) und vom 24. Juli 1990 (BGBl. II S. 803).

Bonn, den 19. April 1991

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Frhr. v. Stein

**Bekanntmachung
der deutsch-israelischen Regierungsvereinbarung
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums**

Vom 14. Mai 1991

Die in Bonn am 3. März 1989 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel ist nach ihrem Artikel 10

am 26. Februar 1990

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 14. Mai 1991

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Kober

**Vereinbarung
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Staates Israel
über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums**

**Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the Government of the State of Israel
on Co-operation in the Area of Intellectual Property**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Staates Israel –

The Government of the Federal Republic of Germany
and
the Government of the State of Israel,

im Wunsch, Freundschaft und Zusammenarbeit auch im Hinblick auf die Erklärung von Punta del Este vom September 1986 durch die Stärkung des gegenseitigen Handels zu fördern,

wishing to promote friendship and co-operation by strengthening mutual trade flows in view, inter alia, of the Punta del Este Declaration of September 1986,

im Bewußtsein der Bedeutung des Schutzes des geistigen Eigentums einschließlich des Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb, insbesondere im Zusammenhang mit der bestimmungsgemäßen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen,

realizing the importance of the protection of intellectual property, including protection against unfair competition, especially as regards the proper use of trade and merchandise indications,

in Erkenntnis der Schädigung des rechtmäßigen Handels durch die rechtswidrige Kennzeichnung von Waren und den Vertrieb von nachgeahmten Waren,

recognizing the damage done to legitimate trade flows by the illegitimate marking of merchandise and the marketing of counterfeit goods,

in dem Wunsch, die Inhaber geistiger Eigentumsrechte und die rechtmäßigen Benutzer von Handels- und Warenbezeichnungen sowie die Verbraucher beider Länder zu schützen,

desirous of protecting the holders of intellectual property rights and the rightful users of trade and merchandise indications, as well as the consumers in both countries,

in Anbetracht dessen, daß die nationalen Rechtsordnungen beider Länder Mittel zur Unterdrückung der Verletzung von geistigen Eigentumsrechten einschließlich der rechtswidrigen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen entwickelt haben,

noting that the national legal systems of both countries have developed means of repressing the infringement of intellectual property rights, including the illegal use of trade and merchandise indications,

unter Bestätigung dessen, daß beide Länder der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, dem Madrider Abkommen über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren, der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst und dem Welturheberrechtsabkommen angehören,

unter Bekräftigung dessen, daß verstärkte Zusammenarbeit der Regierungen erforderlich ist, um die wirksame Durchsetzung der bestehenden Rechtsbehelfe gegen die rechtswidrige Kennzeichnung von Waren und den Vertrieb von nachgeahmten Waren zu verbessern,

entschlossen, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel bestätigen hiermit, daß deutsche Handels- und Warenbezeichnungen, einschließlich insbesondere von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und anderen geographischen Bezeichnungen, in Israel und israelische Handels- und Warenbezeichnungen, einschließlich insbesondere von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und anderen geographischen Herkunftsbezeichnungen, in der Bundesrepublik Deutschland im Einklang mit den einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften und den in den beiden Ländern jeweils geltenden einschlägigen internationalen Rechtsvorschriften Schutz genießen, sofern die Voraussetzungen für die Anwendung dieser Vorschriften gegeben sind.

Artikel 2

Wenn der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Fälle bekannt werden, in denen deutsche Handels- und Warenbezeichnungen in Israel mißbräuchlich zum Nachteil der rechtmäßigen Benutzer der Bezeichnung benutzt werden, kann sie diese Fälle der Regierung des Staates Israel mitteilen. Die Regierung des Staates Israel erklärt sich bereit, diese Fälle nach Maßgabe des im Staate Israel geltenden Rechts den für die Unterdrückung der mißbräuchlichen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen zuständigen Stellen zur Kenntnis zu bringen, damit diese gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen treffen.

Artikel 3

Wenn der Regierung des Staates Israel Fälle bekannt werden, in denen israelische Handels- und Warenbezeichnungen in der Bundesrepublik Deutschland mißbräuchlich zum Nachteil der rechtmäßigen Benutzer der Bezeichnung benutzt werden, kann sie diese Fälle der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitteilen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt sich bereit, diese Fälle nach Maßgabe des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechts den für die Unterdrückung der mißbräuchlichen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen zuständigen Stellen zur Kenntnis zu bringen, damit diese gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen treffen.

Artikel 4

Wenn der Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder der Regierung des Staates Israel Fälle bekannt werden, in denen Nachahmungen deutscher Waren in Israel oder Nachahmungen israelischer Waren in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt oder vertrieben werden, sind die Artikel 2 und 3 anzuwenden.

Artikel 5

Die in den Artikeln 2, 3 und 4 vorgesehene gegenseitige Unterrichtung und die gegebenenfalls getroffenen Maßnahmen sollen nicht ausschließen, daß die nach dem jeweiligen Recht der beiden

confirming that both countries are parties to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property, the Madrid Agreement for the Repression of False or Deceptive Indications of Source on Goods, the Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works and the Universal Copyright Convention,

affirming that increased intergovernmental co-operation is necessary to improve the effective enforcement of the existing legal remedies against the illegitimate marking of merchandise and the marketing of counterfeit goods,

determined to promote co-operation in these areas,

have agreed as follows:

Article 1

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel hereby confirm that German trade and merchandise indications, including in particular indications of source, appellations of origin and other geographical indications, enjoy in Israel, and that Israeli trade and merchandise indications, including in particular indications of source, appellations of origin and other geographical indications, enjoy in the Federal Republic of Germany, protection in accordance with the relevant domestic legislation and the relevant provisions of international law in force in each of the countries, in so far as the requirements for the application of such legislation and provisions are met.

Article 2

Whenever the Government of the Federal Republic of Germany acquires knowledge of cases in which German trade and merchandise indications are being misused in Israel to the detriment of the rightful users of the indications, it may inform the Government of the State of Israel of these cases. The Government of the State of Israel declares itself ready to bring these cases, in accordance with the law applicable in the State of Israel, to the notice of the competent authorities for the repression of the misuse of trade and merchandise indications so that these authorities may take the necessary measures.

Article 3

Whenever the Government of the State of Israel acquires knowledge of cases in which Israeli trade and merchandise indications are being misused in the Federal Republic of Germany to the detriment of the rightful users of the indications, it may inform the Government of the Federal Republic of Germany of these cases. The Government of the Federal Republic of Germany declares itself ready to bring these cases, in accordance with the law applicable in the Federal Republic of Germany, to the notice of the competent authorities for the suppression of the misuse of trade and merchandise indications so that these authorities may take the necessary measures.

Article 4

Whenever the Government of the Federal Republic of Germany or the Government of the State of Israel acquire knowledge of cases in which counterfeits of German products are produced or marketed in Israel or counterfeits of Israeli products are produced or marketed in the Federal Republic of Germany, Articles 2 and 3 shall apply.

Article 5

The furnishing of information provided for in Articles 2, 3 and 4 of this Agreement, and the measures which may be taken, are in no way intended to exclude the possibility of action against the

Staaten zur Geltendmachung von Ansprüchen Berechtigten selbst gegen die Verletzung von geistigen Eigentumsrechten, einschließlich der mißbräuchlichen Benutzung von Handels- und Warenbezeichnungen, vorgehen.

infringement of intellectual property rights, including the misuse of trade and merchandise indications, also being taken by those persons entitled under the law of each State to assert claims.

Artikel 6

Diese Vereinbarung begründet keine privaten Klagerechte oder Rechtsbehelfe.

Article 6

This Agreement is in no way intended to create any private right of action or remedy.

Artikel 7

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel werden sich nach besten Kräften bemühen, dafür zu sorgen, daß diese Vereinbarung in einer Weise angewendet wird, welche die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen fördert und den Schutz von Handels- und Warenbezeichnungen sowie die Unterdrückung des Handels mit nachgeahmten Waren verstärkt.

Article 7

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel undertake to do all in their power to ensure that this Agreement is applied in a manner which is beneficial to the economic relations between the two countries and which enhances the protection of trade and merchandise indications and the repression of trade in counterfeit goods.

Artikel 8

Vertreter der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel können jederzeit zusammentreten, um alle mit der Anwendung dieser Vereinbarung zusammenhängenden Fragen zu erörtern.

Article 8

Representatives of the Government of the Federal Republic of Germany and of the Government of the State of Israel may meet at any time to deal with any questions concerning the application of the present Agreement.

Artikel 9

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Israel innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Article 9

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the State of Israel within three months of the date of entry into force of this Agreement.

Artikel 10

Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Article 10

This Agreement shall enter into force on the date on which both Governments have informed each other that their respective national requirements for the entry into force have been fulfilled.

Artikel 11

Jede Regierung kann diese Vereinbarung mit einer Frist von mindestens einem Jahr durch eine schriftliche Mitteilung kündigen.

Article 11

Either Government may terminate this Agreement by giving written notice of at least one year to the other Government.

Geschehen zu Bonn am 3. März 1989 in zwei Urschriften, jede in deutscher, hebräischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist; bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des hebräischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Bonn on March 3rd, 1989 in duplicate in the German, Hebrew and English languages, all three texts being authentic. In case of divergent interpretations of the German and Hebrew texts, the English text shall prevail.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany

Dr. Hans Werner Lautenschlager
Dr. h.c. Albrecht Krieger

Für die Regierung des Staates Israel
For the Government of the State of Israel

Benjamin Navon
Mayer Gabay

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-sowjetischen Abkommens
über einige überleitende Maßnahmen**

Vom 15. Mai 1991

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1990 zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1990 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einige überleitende Maßnahmen (BGBl. 1990 II S. 1654) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 9

am 5. Mai 1991

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 15. Mai 1991

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Dr. Hans Werner Lautenschlager

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-sowjetischen Vertrags
über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts
und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen
aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland**

Vom 15. Mai 1991

Nach Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 1990 zu dem Vertrag vom 12. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (BGBl. 1991 II S. 256) wird bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 27

am 6. Mai 1991

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind am 6. Mai 1991 in Moskau ausgetauscht worden.

Bonn, den 15. Mai 1991

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Dr. Hans Werner Lautenschlager

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1990 A · Gebühr bezahlt

**Berichtigung
der Veröffentlichung
des Übereinkommens Nr. 160 der Internationalen Arbeitsorganisation
vom 25. Juni 1985 über Arbeitsstatistiken**

Vom 24. April 1991

Die nach Artikel 1 Satz 2 des Gesetzes vom 7. Januar 1991 (BGBl. 1991 II S. 306) veröffentlichte englische und die französische Fassung des Übereinkommens Nr. 160 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1985 über Arbeitsstatistiken sind wie folgt zu berichtigen:

Im englischen Text des Übereinkommens

- tritt in Artikel 3 das Wort „organisations“ an die Stelle des Wortes „organistions“,
- tritt in Artikel 5 Buchstabe b das Wort „statistics“ an die Stelle des Wortes „stastistics“.

Im französischen Text des Übereinkommens

- tritt in Artikel 16 Abs. 4 vor dem Wort „domaines“ das Wort „ces“ an die Stelle des Wortes „ses“,
- tritt in Artikel 21 Abs. 3 Satz 2 vor dem Wort „une“ das Wort „qu“ an die Stelle des Buchstaben „q“.

Bonn, den 24. April 1991

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Im Auftrag
Dietrich Willers